

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 24.05.2017

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Aylin Aydemir
Frau Brigitte Biermann
Herr Jens Burnicki
Frau Marlis Bußmann
Frau Dilek Dogan-Alagöz
Frau Irimi Mavreli
Frau Viola Obasohan
Herr Mehmet Ali Ölmez
Herr Ali Sedo Rasho
Herr John Jude Pirapakaran Savarimuthu
Herr Michael Weber
Herr Cemil Yildirim
Herr Selim Yilmazer

Entschuldigt:

Herr Yunus Çakar
Herr Dilshad Simo Joki

Von der Verwaltung:

Frau Isfendiyar, Kommunales Integrationszentrum
Frau Grewe, Kommunales Integrationszentrum, Integrationsbeauftragte
Herr Hanke, Amt für Jugend und Familie-Jugendamt
Frau Barlen, Amt für Jugend und Familie-Jugendamt

Gäste:

Frau Cornelia Neumann, Psychologische Frauenberatung
Frau Anne Krüger-Gembus, Diakonie für Bielefeld, Familienberatung
Frau Regine Schrader, GfS - LebensRäume,
Frau Gisela Kohlhage, Integrationsagentur, DRK Kreisverband Bielefeld e.V

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Ölmez begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Herr Vorsitzender stellt keine Wortmeldungen fest.

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 22.03.2017

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 22.03.2017 wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

- Herr Maschmeier informiert den Integrationsrat über die aktuelle Situation der Ausländerbehörde: Die langen Wartezeiten seien weder für die Kundschaft wie auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zufriedenstellend. Nahezu täglich müssten viele Personen weggeschickt werden, da es nicht möglich sei, die Angelegenheit innerhalb der Öffnungszeiten zu klären. Allerdings bestünde seit März dieses Jahres die Möglichkeit, für Mittwoch und Freitag auf elektronischem Weg einen Termin zu vereinbaren. Ab Sommer werde die Ausländerbehörde mit 5,5 neuen Stellen personell aufgestockt.
- Herr Yildirim regt an, den Bericht zur Situation der Seniorinnen und Senioren 2017 in einer der nächsten Sitzungen des Integrationsrates vorzustellen.
- Frau Isfendiyar berichtet über den Umsetzungsstand des Beschlusses des Integrationsrates zum „Konzept zur Beschulung von Schülerinnen und Schüler aus Zuwandererfamilien“. Nach einer verwaltungsinternen Kommunikationsphase wurde die

Aufgabe auch im Einvernehmen mit dem zuständigen Schulrat nun dem Facharbeitskreis“ Schulentwicklung“ übertragen. Die Arbeitsgruppe wird dem Gremium entsprechend dem Beschluss ein Rahmenkonzept vorlegen.

Frau Obasohan kritisiert den Umgang der Verwaltung mit dem Beschluss. Der Beschluss wurde vom Integrationsrat im Juni 2016 gefasst. Es sei nicht nachvollziehbar, dass der Integrationsrat bis heute nicht über den Stand bzw. den Verlauf informiert wurde. Sie erwarte in Zukunft eine transparente Informationskultur.

- Herr Burnicki erklärt, dass er darüber erfreut sei, dass der Integrationsrat am 04.05.2016 von seinem Rederecht im Rat Gebrauch gemacht habe. Die Rede von Frau Adilovic, die eine klare und deutliche Positionierung der Stadt sowie ein Eintreten gegen Rassismus und Diskriminierung jedweder Art gefordert hatte, fand er sehr gut.
- Frau Grewe informiert den Integrationsrat über das Projekt „Einwanderung gestalten NRW“ – eins von 14 kommunalen Modellprojekten im Land. Am Ende des dreijährigen Projektes soll ein abgestimmter Handlungsfahrplan – im Sinne einer Willkommenskultur und –struktur - ab der Wohnsitznahme bis zur Beendigung zuwanderungsspezifischer Herausforderungen stehen. Dieser ist für die Neuzugewanderten (alle Zuwanderergruppen) wie auch für Akteurinnen und Akteure transparent.
Der Integrationsrat werde in die Projektstruktur eingebunden und kontinuierlich informiert. Eine Verknüpfung mit dem Prozess „Bielefeld integriert“ sei vorgesehen.
Frau Adilovic mahnt erneut die Beteiligung des Integrationsrates an. Der Integrationsrat wurde auch in diesem Fall nicht rechtzeitig informiert bzw. beteiligt. Sie erwarte eine regelmäßige Berichterstattung über den Verlauf des Projektes.

Zu Punkt 4

Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Auflösung des Integrationsrates

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4845/2014-2020

Herr Yildirim führt die Gründe aus, die ihn veranlassen, eine Diskussion über die Rolle des Integrationsrates zu initiieren.

Er habe des Öfteren betont, der Integrationsrat sei als Gremium nicht mit anderen politischen Gremien zu vergleichen. Politisch habe er keine Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungen in der Kommune. Denn hier würden nicht die Interessen bestimmter Gruppen vertreten und es gehe hier weniger um Parteipolitik, sondern mehr darum, die gemeinsamen Interessen aller Migrantinnen und Migranten und deren Nachkommen, unabhängig von Volkszugehörigkeit, Religion, Herkunft etc., zu vertreten. Soziale Probleme in der Gesellschaft, werden seiner Ansicht nach, inflationär mit dem Begriff „Integration“ erklärt, sodass Argumente für soziale Gleichstellung nicht mehr gelten. Er habe dafür leider kaum Unterstützung erhalten. Die Vorschläge, Empfehlungen des Gremiums fänden keine Berücksichtigung. Beispielsweise wurden die Unterschriften von Eltern für das Angebot islamischen Religionsunterrichts in den Schulen ohne eine Reaktion seitens des zuständigen Schulamtes bis heute ignoriert. Unter diesen Umständen sei der Integrationsrat kein effektives Gremium für die Durchsetzung der Interessen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Frau Adilovic kann die Argumente nachvollziehen, allerdings halte sie die Auflösung keine rationale Antwort. Der Integrationsrat in Bielefeld erhalte Unterstützung von allen Fraktionen und Gruppen im Stadtrat. Mittlerweile ist der Integrationsrat als wichtiges Gremium der kommunalen Politik anerkannt.

Frau Obasohan appelliert an alle Mitglieder, sich aktiv einzubringen. Die Effektivität der Arbeit des Gremiums hänge vor allem auch von dem Engagement jedes einzelnen Mitglieds ab. Der Integrationsrat sei in der Öffentlichkeit sehr präsent.

Frau Biermann äußert, der Integrationsrat als demokratisches Gremium müsse weiterhin für die Interessen der von ihm vertretenen Bevölkerungsgruppen kämpfen. Die Frauen kämpften seit Jahrzehnten für Gleichberechtigung. So sei es in der Demokratie: dass Ziele, für die man kämpfe, nicht einfach zu erreichen seien.

Her Weber hält die Argumente von Herrn Yildirim, dass der Integrationsrat nicht ernstgenommen werde, für eine subjektive Wahrnehmung. Der Integrationsrat sei ein von der Gemeindeordnung legitimes demokratisches Organ, das nicht ohne weiteres aufgelöst werden kann. Das Gremium sei in der Bielefelder Öffentlichkeit sehr präsent und werde positiv wahrgenommen.

Frau Bußmann regt an, sich über die Kompetenzen des Integrationsrates auszutauschen, wenn die Mitglieder mit den politischen Einflussmöglichkeiten nicht zufrieden seien. Sie bietet für ihre Fraktion (Die Linke) das Gespräch an.

Herr Burnicki führt aus, dass jedes einzelne Mitglied für sich die Entscheidung fällen müsse, ob es die Arbeit im Gremium fortsetzt. Der Integrationsrat habe eine positive Reputation und er sei froh darüber, dass dieser in Bielefeld als ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Kultur politisch agiere.

- bei zwei Ja-Stimmen und einer Enthaltung mit großer Mehrheit abgelehnt

-

-.-.-

Zu Punkt 6

Errichtung und Betrieb einer 5. städtischen Erziehungshilfeeinrichtung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4703/2014-2020

Herr Hanke gibt eine kurze Einführung zur Vorlage. Er informiert, dass die Verwaltung mit der geplanten 5. städtischen Erziehungshilfeeinrichtung auf erhöhte Bedarfe reagiere und diese bestehenden Einrichtungen entlasten solle. Die zusätzliche städtische Erziehungshilfeeinrichtung sei für die Unterbringung von Jugendlichen mit besonders hohem Versorgungs- und Betreuungsbedarf vorgesehen. Er macht deutlich, dass die zusätzlichen Plätze benötigt werden, damit die Stadt ihrem gesetzlichen Auftrag auf Inobhutnahme und Unterbringung der Jugendlichen nachkommen kann. Insofern würden die Belegung und auch die Vermittlung in Nachfolgeangebote ausschließlich über die fallzuständige Fachkraft des Geschäftsbereichs Erzieherische Hilfen im Jugendamt erfolgen.

Beschluss:

- 1. Die Stadt Bielefeld errichtet und betreibt eine 5. städtische Erziehungshilfeeinrichtung mit einem niedrighwelligen stationären Intensivangebot.**
- 2. Die notwendigen Investitionen für die Herstellung der Einrichtung sind durch die Verwendung der Mittel aus dem Nachlass der Frau Ingrid Feuchert zu finanzieren.**
- 3. Der Personalbedarf für den Betrieb der Einrichtung (11,0 Planstellen sowie 2,0 Berufspraktikanten) wird anerkannt. Die Verwaltung wird aufgefordert, diesen Bedarf im Rahmen der**

**Etatberatungen für den Haushaltsplan 2018 einzubringen.
4. Die Personal- und Sachkosten für den Betrieb der Einrichtung
sind im Rahmen der Etatberatungen für den Haushaltsplan 2018
budgetneutral durch Minderaufwand in der Produktgruppe 11 06 02
Förderung von Familien darzustellen.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7 **Bericht über die Inanspruchnahme des Familienbüros und des Familienportals 2015 und 2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4655/2014-2020

Herr Hanke stellt die Vorlage kurz vor und beantwortet die Frage von Herrn Yilmazer.

-Der Integrationsrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis-

Zu Punkt 8 **Planungs- und Umsetzungsstand der neuen Kita-Standorte in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4746/2014-2020

Herr Hanke geht auf die wesentlichen Ergebnisse ein und verweist auf die Informationsvorlage.

-Der Integrationsrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis-

Zu Punkt 9 **Konzept zur Sprach- und Kulturmittlung
in der psychosozialen, psychotherapeutischen und
sozialpsychiatrischen Versorgung in Bielefeld**

Frau Schrader, Frau Neumann und Frau Krüger Gembus stellen das

Konzept an Hand einer Power Point Präsentation vor (s. **Anlage**).

Für eine gesellschaftliche Teilhabe und für die Öffnung der Regeldienste für Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte sei ein zuverlässiges Angebot von Sprach- und Kulturmittlerinnen bzw. –mittlern von zentraler Bedeutung.

Derzeit stehen weder den Ratsuchenden selbst noch den Trägern der Wohlfahrtspflege dafür finanzielle Mittel zur Verfügung.

Im Bedarfsfall erfordere der Zugang zum Regelversorgungssystem jedoch ein bestimmtes Maß an sprachlicher und kultureller Kompetenz des Einwanderungslandes. Psychologische, medizinische oder psychiatrische Beratung, Diagnostik und Therapie sowie Hilfen zur Erziehung und Angebote der Eingliederungshilfe seien ohne Sprachmittlung oft nicht möglich, weil die Betroffenen sich häufig nicht adäquat verständigen können.

Sie führt aus:

Bestimmte Lebensumstände (wie z.B. psychische Erkrankungen, mangelnde Schulbildung und sprachliche Begabung) erschweren es einigen Menschen mit Migrationshintergrund, die deutsche Sprache zu erlernen. Dieses behindert die Integrationsbemühungen und die Möglichkeit, das Leben selbst in die Hand zu nehmen. Das hat zur Folge, dass gravierende Folgekosten entstehen können, weil

- Psychische Erkrankungen nicht erkannt und adäquat behandelt werden können
- Keine fachgerechte Beratung bei familiären Konflikten (Erziehungsfragen, Paarkonflikte, Trennung und Scheidung) erfolgen kann
- Keine frühzeitige Intervention bei häuslicher und sexualisierter Gewalt greifen kann
- Menschen mit psychischen Erkrankungen ohne Unterstützung bei der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und bei der Inanspruchnahme einer adäquaten Behandlung bleiben

Durch den Einsatz von Sprach- und Kulturmittlerinnen und -mittlern können frühzeitig notwendige Maßnahmen und Hilfen eingesetzt werden. Auf diesem Weg lassen sich Fehldiagnosen, Chronifizierungen und damit verbundene Folgekosten verhindern.

Dieses könne aus ihrer Sicht nur durch den Einsatz eines trägerübergreifend nutzbaren Pools von Sprach- und Kulturmittlerinnen und –mittlern gelingen. Denkbar sei, bereits vorhandene Sprachmittlerdienste oder Pools (z.B. bei der Stadt, den Clearinghäusern oder der Klinik Gilead IV) zu nutzen. Für die Einsätze der Sprach- und Kulturmittlerinnen und -mittlern brauche es finanzielle Ressourcen und verlässliche Finanzierungsmodalitäten, auf die Dienste und Träger zurückgreifen können.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen regen an, die Unterlagen bzw. das Konzept rechtzeitig von den Haushaltsberatungen einzureichen.

Herr Weber bittet die Verwaltung, zu eruieren in wie weit das Konzept in die Systematik der Leistungsverträge zu integrieren bzw. aufzunehmen wäre.

-.-.-

Zu Punkt 10 **Mediation in der Flüchtlingssituation und Konfliktprävention durch Vermittlung demokratischer Streitkultur**

Frau Kohlhage erläutert das Projekt (s. **Anlage**) der DRK Bielefeld.

Im Projekt Streitkultur wird mediationsbasierte Moderation angeboten. Die Mediation solle im Kontext von Geflüchteten im Rahmen spezifischer Maßnahmen in Anspruch genommen werden. Die Mediation sei eine Methode der Konfliktbearbeitung. Im Kontext mit Geflüchteten gebe es einige Konflikthanlässe. Bei diesen Konflikten sei die interkulturelle Kompetenz der Beteiligten von hoher Bedeutung. Durch diese interkulturelle Kompetenz, durch Schlichtungswissen und ein frühzeitiges Intervenieren können Konflikte vermieden werden.

Im Umfeld der Flüchtlingsarbeit seien die Konflikthanlässe zahlreich und es bestehe die Gefahr, dass Konflikte im interkulturellen Kontext vorschnell auf kulturelle Unterschiede oder religiöse Einstellungen geschoben werden. Damit solche Konflikte nicht eskalieren oder aus ihnen ein Dauerkonflikt entstehe, werde die Möglichkeit einer professionellen interkulturellen Streitmediation angeboten.

Im Anschluss beantwortet Frau Kohlhage die Fragen der Mitglieder.

-.-.-

Zu Punkt 11 **Unterbringung von geflüchteten Menschen: Aktueller Sachstand und Entwicklung bis 2018**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4711/2014-2020

Frau Grewe stellt die Informationsvorlage vor. Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

- Dier Integrationsrat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Lokales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4770/2014-2020

Frau Isfendiyar gibt einen Überblick über den Stand des Projektes: Der Mitarbeiter Herr Tuncer hat seine Arbeit im Projekt aufgenommen. Die Aufgabenbereiche der Präventionsfachstelle sind vielseitig und sollen ergänzend sowie unter Berücksichtigung der bereits bestehenden lokalen Strukturen betrachtet werden.

Zu den konkreten Aufgaben der neueinzurichtenden Fachstelle zählen:

- das Einholen von Daten und Informationen der relevanten Institutionen (Uni Bielefeld, Antidiskriminierungsstelle, AK Asyl, Bündnis gegen Rechts)
- die Planung, Umsetzung und Durchführung der einzelnen Maßnahmen
- die Organisation und Sicherstellung des Informationsflusses
- Anlaufstelle für Fragen des Rassismus und Rechtsextremismus
- die Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit
- Information der relevanten Ausschüsse des Rates der Stadt Bielefeld
- die Teilnahme und Mitwirkung in relevanten kommunalen Netzwerken
- die Qualifizierung der Kooperationspartner und der relevanten Fachstellen
- die Planung und Durchführung von Demokratiekonferenzen
- die Dokumentation und Evaluation der einzelnen Projektphasen und deren Ergebnisse

Die Umsetzungsschritte des Projektes sei als Anlage 1 der Vorlage beigefügt.

-.-.-

Mehmet Ali Ölmez

Emir Ali Sağ